

# Wieder Zerstörung palästinensischen Wohnraums in Ost-Jerusalem

Von Nora Seligmann

Die israelische Organisation „*Rabbis for Human Rights*“ weist darauf hin, daß das Innenministerium mindestens sechs Wohnhäuser in dem Viertel Dschebel Mukaber am 30.7. d.J. abreißen lassen wird. RHR stellt die rhetorische Frage: Kann solch ein Vorgehen denn dazu beitragen, daß die Palästinenser Mitgefühl entwickeln für die Juden, deren zwei Tempel einstmals in Jerusalem standen? Der Ausdruck solchen Mitgefühls hätte wesentlich zur Bildung von Vertrauen beitragen können, von dem in der „*Streckenkarte zum Frieden*“ die Rede ist.

RHR sowie einige andere auf Aussöhnung hinarbeitende Organisationen suchen – zwei Tage vor den anberaumten Zerstörungen – nach Wegen, diese zu verhindern und fordern ihre Adressaten auf, an diverse politische Entscheidungsträger in Israel und den USA zu schreiben. Sie fragen aber auch an, wer unter den israelischen Friedensbewegten bereit wäre, in einem dieser Wohnhäuser in der Nacht zum Zerstörungstag zu schlafen oder früh morgens einzutreffen.

RHR führt aus, wie seit zwei Wochen Abrißanordnungen in verschiedenen Teilen Ost-Jerusalems zugestellt wurden: In Sur Baher, Dschabel Mukaber, Schuafat und Beit Hanina. Mindestens 45 sofortige Evakuierungsaufforderungen wurden zugestellt. Einige Familien konnten zunächst einen Aufschub erreichen. Darüber hinaus sind weitere Einwohner benachrichtigt worden, daß ihr Haus ab 1. August abgerissen werden kann.

In Sur Baher und Dschebel Mukaber scheinen die Planierungen in Vierteln vorgenommen zu werden, durch die entweder eine neue Siedlerschnellstraße oder auch die Trennmauer gezogen werden soll. Besonders empörend ist die Lage für die Hausbesitzer, die aus akuter Wohnungsnot für ihre eigene Familie gebaut haben und seit zehn Jahren oder länger Geldstrafen gezahlt haben, während sie sich um die in Aussicht gestellten Baugenehmigung bemühen.

RHR beschreibt einige Einzelschicksale in diesem Zusammenhang.

Ungeachtet der laufend eingezahlten Bußgelder in Erwartung der nachträglichen Baugenehmigung wurden die betroffene Hausbesitzer drei Jahre nach Abzahlung der Strafe verurteilt wegen Mißachtung des Gerichts, weil sie keine Baugenehmigung hatten erwirken können. Sie

wurden dann wiederholt zu Geldstrafen verurteilt, bevor ihre Häuser jetzt abgerissen werden sollen.

Der offizielle Bebauungsplan für dieses Viertel wurde in den 80er Jahren aufgestellt und 1996 abgeseignet. Dabei wurde der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung keinerlei Rechnung getragen. In dem benachbarten jüdischen Viertel von Armon HaNatziv, das auf enteignetem palästinensischen Grund und Boden aufgebaut wurde, dürfen die Bewohner viel dichter und höher bauen als in Dschebel Mukaber, wo das Gelände eine „freien Aussicht“ gewähren soll.

Viele der Bewohner sehen sich nun gezwungen, Jerusalem zu verlassen oder irgendwo „illegal“ zu bauen. Einige haben sich scheinbar an einen israelischen Architekten und Stadtplaner um Rat gewandt, aber dieser muß erst einmal bezahlt werden. Der Baurat in der Stadtverwaltung unter Bürgermeister Lupolianski erklärte, daß man dort keinerlei Verantwortung für jüdische oder palästinensische Bauprobleme habe und darum nicht helfen könne. Er fügte dann noch hinzu, er würde nachsehen, ob jüdische Bauherren öffentliche Unterstützung hätten. Das kann wohl nicht ganz ehrlich gemeint sein, bemerkt RHR dazu.

Hier die Beschreibung eines konkreten Falles durch RHR: Beamte des Innenministeriums kamen dreimal in das Haus von Ahmed Hassan Schequerat, als nur seine Frau mit den Kindern daheim war, um es zu inspizieren und ihr mitzuteilen, daß ihr Haus am nächsten Morgen abgerissen werden würde. – Dann stehen seine acht Bewohner auf der Straße: Das Ehepaar Schequerat mit fünf Kindern und ein Bruder Ahmeds, 39, der geistesgestört ist und eine Hand verloren hat.

Ahmed hatte das Haus 1987 gebaut und zwar auf einem von seinem Vater ererbten Grundstück, das seit undenklichen Zeiten im Besitz der Familie war. Bis 1996 gab es keine Probleme mit den Behörden; in dem Jahr aber wurde Ahmed wegen illegalen Bauens vor Gericht zitiert, zu einer Geldstrafe von NIS 15 000 verdonnert mit der Auflage, innerhalb von drei Jahren eine Baugenehmigung beizubringen – andernfalls würde sein Haus abgerissen. Ahmed stotterte die Geldstrafe ab und wandte sich an einen Unternehmer, der ihm helfen könnte, eine Baugenehmigung zu erhalten. Er zahlte ihm NIS 2,500 für seine Bemühung. Dann zahlte er weitere NIS 70,000 für die Gebühr der Baugenehmigung, die vom 9.8.2001 datiert ist. Seit diesem Tag ließ ihn die Behörde in Ruhe bis vor kurzem die Abrißanordnung kam und jetzt die Aufforderung zum Verlassen des Hauses.

Ahmed arbeitet im Straßenbau in jüdischen Vierteln und sieht, wie die Behörden sich dafür einsetzen, daß (jüdische) Bauherren prompt alle

Genehmigungen erhalten. Er dagegen als Palästinenser auf eigenem Grund und Boden hat keine Rechte. Seine älteste Tochter hat gerade ihr Abitur, es fehlt aber an Geld für ein Studium – also wird sie zu Hause bleiben müssen. Als die kleineren Kinder hörten, daß ihr Haus abgerissen werden würde, brachen sie in Schluchzen aus. Er tröstete sie, daß sie fortan in einem Zelt wohnen würden. Dazu hatten sie natürlich viele Fragen – darunter die nach einer Toilette. – Welche Einstellung sollen diese Kinder einmal zu Israel entwickeln, fragt er den friedensbewegten Rabbiner.

Noch ein konkretes Beispiel, das die kafkaeske Lage der Betroffenen erahnen läßt: Abdul Hamid wurde gesagt, sein Haus würde am 30.7. als eines von sechs Häusern in dem Viertel Dschebel Mukaber abgerissen. Er lebt darin mit seiner Frau und sieben Kindern; das älteste ist 16. Seine erste Frau hatte vor ihrem erwarteten Tod durch Krebs darauf bestanden, aus ihrem Vermögen ein Heim für ihre Kinder zu hinterlassen. Das war in den Tagen der ersten Intifada und keiner dachte damals an behördliche Genehmigungen; zudem ließ der Tod der Bauherrin auch gar keine Zeit dazu.

1994 drohte die Behörde mit dem Gericht. Ein Anwalt, den das palästinensische „*Orient House*“ zur Verfügung gestellt hatte, nahm sich der Sache an und arbeitete drei Jahre daran. 1997 verhängte das Gericht eine Geldstrafe von 20 000 Schekel, in Raten von 1 000 pro Monat abzubezahlen. Das Gericht gab ihm 12 Monate, um einen Plan vorzulegen und eine Genehmigung zu erwirken, obwohl es genau wissen mußte, daß die Bedingung unerfüllbar sein würde.

Nachdem Abdul Hamid die Geldstrafe abbezahlt hatte, drang die Behörde auf die Baugenehmigung. Naiven Palästinensern in Ost-Jerusalem ist die Vorgehensweise der Behörden vollkommen unverständlich. Wenn sie sich an Anwälte und Bauplaner wenden, so nehmen diese die Verdienstmöglichkeit wahr und kümmern sich wenig um das menschliche Schicksal und auch nicht, ob sie nun etwas für ihre Klienten erreichen, meinen die Hausbesitzer.

Abdul Hamid hatte auf Drohungen des Innenministeriums hin einen Bauingenieur beauftragt, ihm bei der bürokratischen Abwicklung für den Bebauungsplan und den Erwerb der Genehmigung zu helfen. Er zahlte diesem dafür zwischen NIS 17,000 und 20,000. Im Mai 2001 begann er die geforderten Unterlagen bei der Behörde einzureichen. Aber bis zu diesem Tag ist der Bebauungsplan nicht genehmigt worden, den eine Baugenehmigung voraussetzt.

Nun kam der Evakuierungsbefehl und er fragt sich, wie es die Kinder treffen wird; es wird ihre Zukunft ruinieren, meint der Vater. Und was für eine Einstellung können sie diesem Staat gegenüber entwickeln, fragt er sich im Gespräch mit dem Rabbiner.

Noch ein weiteres konkretes Beispiel einer Familie, die die Obdachlosigkeit vermeiden wollte und sich lange Zeit Nahrungsmittel wie Fleisch, Obst und Gemüse versagte, um auf ein Haus zu sparen. Das Ehepaar, Mohammed und Aida Dawud Abu Kaff, lebte mit sechs Kindern und elf Verwandten in einem viel zu kleinen Haus eines Verwandten, der dann eines Tages selbst wieder einziehen wollte.

Mohammed beantragte 2001 eine Baugenehmigung auf einem Grundstück, das er im Stadtteil Sur Baher geerbt hatte. Er heuerte einen Anwalt an, der alle notwendigen Unterlagen einreichte. Die israelische Behörde wies ihn rundweg ab mit der Begründung, es handele sich da um eine Zone, die nicht bebaut werden dürfe.

Unter dem Druck, die große Familie unter Dach und Fach bekommen zu müssen, begann er mit dem Bau und machte die Arbeit soweit wie möglich selbst unter Mithilfe seiner Frau. Sie waren kaum fertig damit im Juni 2002, als sie den Abrißbescheid erhielten. Mit Hilfe eines Anwalts konnten sie einen Aufschub erwirken; jetzt aber fiel die entgültige Entscheidung: Abriß zwischen dem 1. und dem 30. August.

Die Kinder mußten damit vertraut gemacht werden – sie können es aber nicht verarbeiten. Der älteste Sohn, in einem Supermarkt beschäftigt, hatte all seinen Verdienst für den Bau gespendet und zahlt noch jetzt Schulden beim Anwalt und für behördliche Gebühren ab.

Das Argument der Behörden, daß ein Grundstück nicht in eine Wohnbauzone falle, hat sich als Ausrede erwiesen: Ein Bruder Mohammeds hatte ein Grundstück in einer Bauzone erworben. Seit vier Jahren aber versucht er vergebens, eine Baugenehmigung zu erhalten und die Behörden halten ihn in der Ungewißheit mit einer Beanstandung nach der anderen – mal heißt es, er habe die falschen Ziegel verwendet, mal, er habe eine Wand nicht richtig eingezogen ... Immer wieder hat er versucht, es den Behörden recht zu machen – bisher ohne Erfolg.

Soweit aus dem Bericht der Rabbinergruppe; nun einige Anmerkungen dazu:

1 - Ost-Jerusalem war rein arabisch, als Israel es in seinem Blitzkrieg von 1967 einnahm.

2 - Baugenehmigungen werden grundsätzlich nicht bewilligt, weil das israelische Ministerium keine neuen palästinensischen Hausbesitzer haben will.

3 - Der Text der RHR stellt fest, daß es sich um kafkaeske Verhältnisse für die Palästinenser handelt, spricht aber nicht aus, worauf die Behörden hinarbeiten: Langsam aber sicher die palästinensische Bevölkerung zu verdrängen.

4 - In der Zwischenzeit nutzen die Behörden die strebsamen Familienväter als Einkommensquelle mittels verhängter Geldstrafen aus, denken aber gar nicht daran, ihnen die verheißene Baugenehmigung zu geben.

5 - Bezeichnend für die Gruppe, die über die Lage der Palästinenser berichtet, ist bei aller Humanität ihre ethnozentrische Einstellung: Sie erwartet nach der Erfahrung der Palästinenser seit über einem halben Jahrhundert, daß sie Mitgefühl mit ihnen entwickeln für vor zweitausend Jahren bzw. früher noch verlorenem Kulturgut.

Vollkommen ausgeschlossen dürfte für sie sein, die ehrliche Einschätzung von auch israelischen Archäologen anzuerkennen, daß es sich bei der im AT erzählten Vorgeschichte der Juden wahrscheinlich schon damals um eine zweckdienliche Erfindung handelte, um den jüdischen Anspruch auf das Land zu begründen.